

# Nachrichten aus Brüssel

Illustration: SimpleLine/stock.adobe.com

## Was die Zahnärzte fordern

Ende Mai sind die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in den nächsten fünf Jahren zu entscheiden. Die Europawahl ist eine Richtungswahl in Zeiten des Umbruchs. Im Großen wie im Kleinen steht die Europäische Union vor vielfältigen Herausforderungen.

In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung der EU für den zahnärztlichen Berufsstand weiter zugenommen. Nur auf den ersten Blick scheint sie im Praxisalltag weit weg zu sein. Bereits heute werden viele für die Zahnärzteschaft wichtige Fragen nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern in Brüssel entschieden. Das betrifft zum Beispiel die zahnärztliche Ausbildung, die Gültigkeit freiberuflicher Gebührenordnungen, die Verwendung von Medizinprodukten oder den Einsatz von Amalgam.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundeszahnärztekammer ein Positionspapier verabschiedet, in dem acht Kernanliegen für die kommenden Jahre aufgeführt sind (siehe auch S. 16). Im Interesse der Patienten fordert die Bundesorganisation die Sicherstellung der freien Berufsausübung, die Verabschiedung einer Europäischen Charta der Freien Berufe, die Prüfung neuer und bestehender EU-Vorgaben auf deren bürokratische Auswirkungen und die Gewährleistung einer hohen Qualität der zahnmedizinischen Ausbildung. Daneben spricht sich die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Zahnärztekammern dafür aus, die Digitalisierung im Gesundheitswesen ausschließlich zum Nutzen der Patienten zu gestalten, Amalgam als zahnmedizinisches Füllungsmaterial zu erhalten, die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen konsequent fortzuführen und weitere Initiativen zur Verbesserung der Mundgesundheit anzustoßen.

## Plattform für seltene Krankheiten

Die EU-Kommission hat den Startschuss für eine Online-Plattform für seltene Krankheiten gegeben. Die neue Plattform soll die Daten der auf nationaler Ebene bereits bestehenden Register für seltene Krankheiten – wie etwa Mukoviszidose – anonymisiert zusammenführen. Derzeit ist

eine Fülle an Daten über Patienten mit seltenen Krankheiten auf rund 600 Datenbanken in ganz Europa verstreut. Künftig soll es gemeinsame Standards für die Datenauswertung geben. Wissenschaftler erhoffen sich von diesem Schritt neue Ansätze für die Erforschung, Diagnose und Behandlung seltener Krankheiten im Interesse der betroffenen Patienten.

Die EU setzt sich seit vielen Jahren für den Kampf gegen seltene Krankheiten ein und finanziert gezielt Forschungsprojekte in diesem Bereich. Auf EU-Ebene wird eine Erkrankung als seltene Krankheit definiert, wenn es unter 2000 Personen weniger als einen Betroffenen gibt.

## Arzneimittel und Umwelt

Die EU-Kommission hat einen strategischen Ansatz zur Bewältigung von Umweltproblemen vorgestellt, die sich aus der Freisetzung von Human- und Tierarzneimitteln ergeben. Das Papier der Brüsseler Behörde enthält eine Reihe von Maßnahmen, deren Ziel es ist, die Arzneimittelkonzentration in der Umwelt, also zum Beispiel im Grundwasser oder im Boden, zu senken. So sollen Arzneimittelhersteller stärker zur Verantwortung gezogen und die Angehörigen der Gesundheitsberufe für diese Problematik besser sensibilisiert werden. Die EU-Kommission will dabei den gesamten Arzneimittelzyklus berücksichtigen – von der Entwicklung und Herstellung über die Verschreibung bis zur Entsorgung nicht verwendeter Medikamente.

Von diesem Vorgehen erhofft sich Brüssel, insbesondere die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen zu verlangsamen. Weniger Arzneimittelrückstände in den Gewässern sollen den Schutz der Fischbestände verbessern, wovon wiederum Vögel und Säugetiere profitieren, die sich von Fisch ernähren. Umweltschützern sind die vorgeschlagenen Maßnahmen der EU-Kommission nicht konkret genug. Sie fordern von der EU rechtlich verbindliche Schritte und keine Absichtserklärungen.

Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK